

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis: 10 Pf. (100 Pf. 1000). In den Postämtern 12 Pf. (120 Pf. 1200).
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend
Wochenpreis: 10 Pf. (100 Pf. 1000). In den Postämtern 12 Pf. (120 Pf. 1200).

Wochenpreis: Die 8-spaltige Hauptzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 2-spaltige Reklameweile im letzten Teil 1 Reichsmark. Nachdruckgebühren 20 Reichsmark. Sonstige Anzeigen nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.
Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.
Nr. 156 — 88. Jahrgang Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 8. Juli 1929

Räumen! Räumen!

Als vor fünf Jahren MacDonald englischer Ministerpräsident war, vermochte er es dem französischen Ministerpräsidenten Herriot gegenüber nicht durchzusetzen, daß die Londoner Konferenz, auf der man sich über den Dolweg-Plan einigen wollte, ohne weiteres dazu führen müßte, die Franzosen zum sofortigen Abmarsch aus dem von ihnen besetzten Ruhrgebiet zu veranlassen. Die Engländer haben ja damals den Vorschlag der Franzosen und Belgier in das unbesetzte deutsche Gebiet hinein nicht mitgemacht; deutscherseits glaubte man auch, allerhand Andeutungen des englischen Vorkämpfers in Berlin, Lord Balfour, trauen zu dürfen, daß England seinen Einfluß einsetzen würde, Frankreich und Belgien aus dem Ruhrgebiet hinauszubügeln. Diese Annahme hat sich als allzu optimistisch herausgestellt, weil Chamberlain mehr Gewicht darauf legte, die guten Beziehungen zu Frankreich nicht zu föhren, als dem bedrängten Deutschland zu Hilfe zu kommen.

Jetzt ergibt sich eine ähnliche Lage aus den Ausführungen, die der Nachfolger Chamberlains, der englische Außenminister Henderson, ein Mitglied der Arbeiterpartei, im Unterhaus gemacht hat. Die dortige allgemeine Aussprache über die englische Politik hat natürlich sehr oft das Verhältnis zu Deutschland berührt, und dabei stand die Frage der Räumung der besetzten Gebiete ganz im Vordergrund. Im Verlauf der Debatte hatte nun der Außenminister Henderson erklärt, die englische Regierung sei darauf bedacht, das Rheinland so früh als möglich zu räumen, und zwar nicht kufen- oder schmelzweise, sondern gänzlich, weil ein nur allmähliches Hinwegnehmen der Besatzungstruppen „dem Interesse des europäischen Friedens nicht entspreche“. Außerdem habe Deutschland ein Recht auf Räumung, weil es alle Bedingungen des Versailler Vertrages erfüllt habe. „Ich glaube, wir sollten versuchen, die französischen und die belgische Regierung zu veranlassen, die Räumung mit uns vorzunehmen. Ich habe keinen Grund zu der Annahme, daß von der französischen oder der belgischen Regierung einer vollständigen Räumung irgendwelche unüberwindlichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Das Parlament kann versichert sein, daß wir alles tun werden, was wir können, und daß vor allen Dingen der ganze moralische Druck, der zu unserer Verfügung steht, auf der kommenden Reparationskonferenz angewendet werden wird, um eine schnelle und einmütige Entscheidung zugunsten der Räumung zu erzielen.“

Au diesem englischen Ministerwort wollen wir Deutsche nicht drehen und deuteln. Der neue englische Außenminister Henderson hat im Unterhaus nicht verheimlicht, daß Frankreich und Belgien in dieser Frage erst einmal zu dem englischen Standpunkte bekehrt werden müssen. Er hat aber ausdrücklich ausgesprochen, daß seine Regierung es versuchen wolle, die französische ebenso wie die belgische Regierung dazu zu veranlassen, diesen Schritt der Rheinlandräumung gemeinsam mit England zu tun, hat die Enttäuschung als verständlich erklärt, die in Deutschland Platz greifen würde, wenn die Räumung aufgeschoben oder nur „brockenweise“ erfolgen würde. Aber sein Vorgänger und Gegenüber, Chamberlain, hat nicht zu Unrecht darauf hingewiesen, daß Deutschland nichts dabei gewinnen würde, wenn die englischen Truppen zurückgezogen, Frankreich und Belgien aber sich nicht demselben Schritt anschließen würden.

Das Echo, das Henderson in Paris gefunden hat, ermutigt nun aber nicht zu der Hoffnung, daß man sich dort und in Brüssel ohne weiteres der englischen Anschauung über die Rheinlandräumung anschließen wird. Selbst in den höchsten Pariser Blättern wird hinsichtlich der Ausführungen des englischen Außenministers scharf betont, daß England kein isoliertes Vorgehen beabsichtige, also die Einschränkung, daß die englische Regierung die Räumungsfrage so behandeln wolle, wie man das in Paris und Brüssel beabsichtige. Und selbstverständlich sprechen sich die politisch rechts oder gemäßigt lebenden französischen Blätter sehr scharf gegen die Ausführungen des englischen Außenministers aus. Man versteht sich dort nach wie vor darauf, daß Deutschland zum mindesten die Einleitung einer Feststellungs- und Vergleichskommission zur Überwachung der neutralen Zone“ zulassen müsse, der natürlich nur die französischen Rechtsparteien sehr weitgehende Befugnisse übertragen wollen. Sie müßte die Möglichkeit und die Mittel haben, die Rheinbrücken zu zerstören, ohne die ein überraschender Einbruch der deutschen Kräfte in das französische Gebiet umhüllich ist.“

Leider haben die letzten politischen Ereignisse in Frankreich, vor allem der von der Mehrheit der Kammer getragene Wunsch, die Genehmigung des Young-Planes abhängig zu machen von gewissen Voraussetzungen, bei denen auch solche Sicherungsmaßnahmen eine erhebliche Rolle spielen, gerade in den letzten Tagen wieder bewiesen, daß Frankreich keineswegs auf dem Standpunkt der unbedingten Rheinlandräumung steht. Dieser Forderung gegenüber bedeutet nun das, was der englische Außenminister im Unterhaus ausgeführt hat, eine ganz außerordentliche Stärkung des deutschen Standpunktes und infolgedessen möchte man hoffen, daß diesmal Englands Vertreter auf der kommenden Konferenz nicht wieder zurückweichen wird vor dem, was französischerseits verlangt wird.

England mahnt in Paris zur Eile

Militär gegen Politik.

England hat, wie es scheint, bereits die ersten vorbereitenden Schritte für eine Räumung getan.

Wenn auch noch keine Befehle zum Abzug bei den Besatzungsbehörden vorliegen, so sind doch die geplanten Herabhebungen der englischen Truppen im besetzten Gebiet vorläufig aufgeschoben worden.

Weniger scheint sich Frankreich mit dem Gedanken einer Zurückziehung der Truppen bereits vertraut gemacht zu haben, denn eine bei den heutigen Verhältnissen doppelt eigenartige Forderung

hat die französische Besatzungsbehörde an das Wohnungsamt der Stadt Zweibrücken gerichtet. Unter der Angabe, daß das Garnisonlazarett zu klein sei, verlangt die Besatzung, daß die Stadt zehn Wohnungen zu je zwei bis drei Zimmern bereitstellen soll. Nach den Angaben der Franzosen seien diese Wohnungen für Unteroffiziere bestimmt, die bisher ein Gebäude der Kaserne bewohnt hätten; das Gebäude müsse zur Erweiterung des Lazarett in Anspruch genommen werden. Die Verwirklichung der Wohnungen wird in kurzer Frist verlangt, obwohl die Wohnungsnot in Zweibrücken groß ist. Das steht allerdings so aus, als hätten die militärischen Behörden Frankreichs noch nichts von den politischen Räumungsverhandlungen gehört. Oder stellen sie sich nur taub, weil ihnen der Gedanke nicht in ihren Kram paßt?

Unangenehme Antworten.

England und Amerika wollen anders als Frankreich. Der französische Minister des Auswärtigen Briand hat den englischen Vorkämpfer Lord Tyrrell empfangen, der ihm eine Verbalnote über den Young-Plan überreicht. Im Anschluß an diesen Schritt des englischen Vorkämpfers veröffentlicht die Agentur Havas folgende Mitteilung: Sowohl nach den Mitteilungen der anderen interessierten Mächte als auch nach dem heutigen Schritt Lord Tyrrells scheint es, daß man im Begriff ist, sich für die Einberufung der Konferenz auf die ersten Augusttage zu einigen. Was andererseits den Young-Plan betrifft, so hält die englische Note, wie vorläufig, an dem Standpunkt der englischen Regierung fest und schlägt demgemäß nochmals London vor. Die Verfahrensfrage soll bisher nur in unbestimmter Form ins Auge gefaßt worden sein; es wird jedoch bekannt, daß die englische Regierung sich den französischen Vorschlägen über eine Prüfung der der Konferenz zu unterbreitenden Probleme in mehreren Etappen nicht angeschlossen hat.

Keine Verknüpfung der Schulden- und Tributfrage. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die französische Regierung wissen lassen, daß Amerika das Abkommen mit der Kriegsschadigungsfrage verbinde.

Das Regierungsblatt „Herald“ meldet, die amerikanische Regierung wüßte nicht, daß die Vereinigten Staaten sich amtlich an der zukünftigen internationalen Ausgleichs-Konferenz beteiligen. Dieser Wunsch schließt aber nicht aus, daß die Regierung private amerikanische Bankiers in amtlichem Auftrag in die Bank entsende und sich auch bei der bevorstehenden Schuldenkonferenz durch amtliche Beobachter vertreten lasse.

Um den „Versöhnungsausschuß“

Der deutsche Standpunkt.

An maßgebender deutscher Stelle wird angesichts der dornigen Haltung der französischen Presse sowohl in der Saarfrage als auch in der Frage des „Versöhnungsausschusses“ die grundsätzliche Einstellung der deutschen Regierung noch einmal in aller Form umschrieben. Ursprünglich sollte das Saargebiet Frankreich einen Ersatz bieten für die zerstörten Gruben in Frankreich. Nach dem Zustandekommen des Young-Planes ergibt sich jedoch heute ein innerer Zusammenhang der Saarfrage mit der Kriegsschadigungsfrage, da der Young-Plan von seinen Urhebern als eine endgültige und umfassende Gesamtregelung aller Kriegsschadigungsfragen gedacht ist. Im Young-Plan kommt ja auch deutlich zum Ausdruck, daß Deutschland von allen politischen Belastungen befreit werden soll. Die deutsche Regierung ist der Meinung, daß von einer Gesamtkonferenz nicht gesprochen werden könne, solange nicht auch die Saarfrage mitgerechnet wird. Im Interesse des Versöhnungsgedankens liegt es, wenn auch diese Frage auf der bevorstehenden Konferenz endgültig vereinigt werde.

Was die Frage des „Versöhnungsausschusses“ angeht, so wird in Berlin auf den im

Locarno-Vertrag vorgesehenen Vergleichsausschuß hingewiesen, der ja auch Frankreich die Möglichkeit gibt, über kleinere Streitfälle sofort eine Entscheidung herbeizuführen. Der Ausschuß ist paritätisch zusammengesetzt und würde keine Benachteiligung Frankreichs bedeuten. Nach deutscher Ansicht genügt vollauf der im Londoner Vertrag vorgesehene Vergleichsausschuß. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Frankreich seinen Vorschlag durch den Grundgedanken der Gegenseitigkeit bei der Ausrufung des von ihm vorgeschlagenen Ausschusses beschönigen will.

Ueber die Grenze

der Leistungsfähigkeit belastet.

Die Landwirtschaft zum Young-Plan.

Die im Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft vereinigten landwirtschaftlichen Spitzenverbände haben zu Vorschlägen der Pariser Sachverständigenkonferenz folgende Stellung genommen:

Im Bericht der Pariser Sachverständigenkonferenz vom 7. Juni 1929 sind den beteiligten Regierungen Vorschläge für eine vollständige und endgültige Regelung des Reparationsproblems unterbreitet worden. Ohne zu der grundsätzlichen Frage der Reparationsforderungen überhaupt Stellung zu nehmen, hält der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft an dem Grundsatz fest, daß Reparationszahlungen nur im Rahmen der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft möglich sind.

Die im Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft vereinigten Spitzenverbände halten sich für verpflichtet, ihrer überzeugung Ausdruck zu geben, daß die im Young-Plan der deutschen Wirtschaft zugewiesenen Leistungen, für deren Bemessung nicht die wirtschaftliche Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands, sondern politische Gesichtspunkte ausschlaggebend gewesen sind, und zu denen noch die ständig steigende Verzinsung und Tilgung der von Deutschland ausgenommenen Anleihen hinzukommt, über die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weit hinausgehen.

Die Landwirtschaft ist unter der Herrschaft des Dawes-Planes in eine immer drückender werdende unproduktive Neuverschuldung hinabgeglitten, deren Höhe sich mit dem Betrage der an die ausländischen Gläubiger Deutschlands abgeführten Zahlungen ungefähr deckt. Sie ist infolgedessen schon über die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit hinaus belastet und unter den gegenwärtigen Produktionsbedingungen nicht in stande, weiterhin unmittelbare und mittelbare Reparationslasten, insbesondere nicht durch weitere Eingriffe in die Substanz, zu tragen.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft erwartet daher von der Reichsregierung, daß sie diesen Tatsachen bei ihrer Entscheidung über den Bericht der Pariser Sachverständigenkonferenz und insbesondere auch bei den diplomatischen Verhandlungen Rechnung tragen und keine Verpflichtungen und Regelungen annehmen wird, die nicht der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und den besonderen Verhältnissen der deutschen Landwirtschaft entsprechen.

Diese Stellungnahme der deutschen Landwirtschaft wurde heute durch den Präsidenten des deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. h. c. Brandes, der Reichsregierung zur Kenntnis gebracht.

Eupen und Malmedy wollen zurück zum Reich!

Bonn, 7. Juli. Die Vereinigten Landsmannschaften Eupen-Malmedy-Montjoie traten in Bonn zu einer Tagung zusammen. Es wurde folgende Entschließung gefaßt und an das auswärtige Amt, das Reichsministerium für die besetzten Gebiete und das preussische Staatsministerium gesandt:

„Die Jahresversammlung der Vereinigten Landsmannschaften Eupen-Malmedy-Montjoie richtet an die Reichsregierung die bringende Bitte, bei den kommenden Verhandlungen mit Belgien dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß der bei den belgischen Wahlen vom 26. Mai klar und unverfälscht zum Ausdruck gekommene Wille der abgetrennten Gebiete wieder mit dem deutschen Vaterlande vereinigt zu werden, gehört und mit allen Mitteln zur Geltung gebracht werde.“

Zu der Tagung waren aus Neu-Belgien über 200 Gäste erschienen. Weitere Deutsche aus Neu-Belgien hatten sich angemeldet, mußten aber wegen Schwierigkeiten mit der belgischen Behörde im letzten Augenblick ablagern.